NIEDERSCHRIFT HFA/0036/2019

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 09.05.2019 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers

Herr Bernd Kösters

Vertretung für Herrn
Dr. Wolfgang Meyring

Herr Marco Lennertz

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Franz-Josef Schulze

Thier

Herr Thomas Tauber

Herr Thomas Walbaum

Vertretung für Frau
Margarete Köhler, ohne
Ortsbesichtigung

Herr Winfried Heymanns

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Frau Maggie Rawe

Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Frau Marion Lammers

ohne Ortsbesichtigung

Herr Rainer Hein

Herr Jürgen Erfmann

Frau Jutta Kentrup

Frau Marion Kessens

ohne Ortsbesichtigung
ohne Ortsbesichtigung,
zu TOP 1. ö. S.

Herr Christian Wessling

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Walbaum merkt an, dass in SessionNet der Treffpunkt um 17:00 Uhr zur Ortsbesichtigung am Bauhof nicht vermerkt gewesen sei.

Frau Dirks stellt fest, dass kein formeller Fehler vorliege, da zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

**1. Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017
hier: Anerkennung der Stadt Billerbeck als staatlich anerkannter
Luftkurort gem. § 11 (Kurortegesetz NRW) durch die Bezirksregie-
rung Münster**

Auf die Power-Point-Präsentation von Frau Kessens wird verwiesen (**Anlage 1** zu dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Herr Lennertz führt aus, dass die CDU-Fraktion das Prädikat zum staatl. anerkannten Luftkurort als grüne Infrastruktur begreife. Neben dem ökologischen Aspekt könnte auch der Gesundheitsaspekt verbessert werden. Anders als in der Sitzungsvorlage ausgeführt, vertrete er die Meinung, dass Billerbeck bereits viele Voraussetzungen erfülle.

Frau Kessens gibt zu bedenken, dass es bereits viele Heil- und Kurorte gebe, die miteinander konkurrierten. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass man dem Prädikat auch verpflichtet sei. Hiermit verbunden sei u. a. eine personelle Aufstockung, nicht nur im touristischen Bereich, sondern auch beim Bauhof, denn ein Kurpark müsse auch gepflegt werden. Dabei stelle sich die Frage, wo überhaupt ein Kurpark angelegt werden könne.

Frau Dirks erläutert, dass sich die Verwaltung systematisch mit dem Thema beschäftigt habe und die beteiligten externen Büros die Meinung der Verwaltung teilten. Es müssten Infrastruktureinrichtungen aufgebaut werden, die es in Billerbeck bisher nicht gebe und hierfür seien erhebliche Investitionen erforderlich. Mit dem jetzigen Budget und Personal sei das nicht leistbar.

Frau Kessens empfiehlt dringend, zunächst die Ergebnisse aus dem Masterplan abzuarbeiten und fragt nach den Zielen des Antrages.

Herr Walbaum macht deutlich, dass für ihn die wirtschaftshemmenden Konsequenzen (drohende Schließung gewerblicher Betriebe und keine Ausweisung weiterer Gewerbegebietsflächen) ein k.o.-Kriterium seien. Das bedeute ja im Umkehrschluss, dass man sich wirtschaftlich abhängig mache vom Kurortbetrieb.

Herr Lennertz entgegnet, dass das Prädikat Luftkurort keine Auswirkungen auf die Gewerbegebiete habe. Er begreife das Prädikat „Luftkurort“ als Chance und Imagegewinn für Billerbeck, zudem hätte Billerbeck damit ein Alleinstellungsmerkmal und erhielte außerdem finanzielle Unterstützung.

Frau Kessens fragt, ob Billerbeck denn einen Imagegewinn nötig habe.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass erhebliche Investitionen erforderlich seien, um die Vorteile zu generieren.

Auf die Frage von Frau Rawe nach der Intention des CDU-Antrages, legt Herr Lennertz dar, dass sie das Prädikat „Luftkurort“ als weichen Standortfaktor ansähen, der sowohl der Billerbecker Bevölkerung zugutekomme als auch die ansässigen Unternehmen bei der Anwerbung von Fachpersonal unterstützen könnte.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Gemeinde Velen bereits seit 2013 auf dem Weg zum Luftkurort sei. Das sei ein Prozess, der Jahre dauere, deshalb gehe ihr die verwaltungsseitig vorgeschlagene Ablehnung des CDU-Antrages zu schnell. Vorab hätte doch wenigstens vom Deutschen Wetterdienst ein Vorbescheid zum Klima eingeholt werden können. Auch ein Vertreter aus Velen hätte hier hin eingeladen werden können und es hätte Kontakt mit der zuständigen Abteilung bei der Bezirksregierung aufgenommen werden können.

Herr Tauber stellt fest, dass nach der Vorprojektierung eine belastbare Aussage der dwif consulting vorliege. Aufgrund dieses Ergebnisses hätte er sich heute eine Rücknahme des Antrages seitens der CDU-Fraktion gewünscht. Man habe sich mit dem Masterplan auf den Weg gemacht und sich damit auf einen anderen Tätigkeitsbereich verlegt. Die im Gesetz über Kurorte in NRW angeführten Voraussetzungen seien zum großen Teil in Billerbeck nicht vorhanden. Er sei nicht bereit, zusätzliche Mittel für das Vorhaben auszugeben, nur um damit bestätigt zu bekommen, was man sich heute mit gesundem Menschenverstand bereits ausmalen könne.

Für Herrn Schlieker stellt sich die Frage, ob Aufwand und Ertrag in einem richtigen Verhältnis stehen. Er halte es für übertrieben, das Prädikat Luftkurort anzustreben, um die weichen Standortfaktoren zu fördern und für einen Gesundheitskurort fehle es in Billerbeck an jeglicher Basis.

Herr Walbaum geht von allgemeinen Kostensteigerungen aus, wenn die Stadt Billerbeck Luftkurort wäre.

Frau Dirks weist darauf hin, dass im Zuge der gemeinsamen Erstellung des Masterplanes das Thema Luftkurort überhaupt kein Thema seitens der Leistungsträger gewesen sei.

Herr Lennertz stellt in Frage, dass wie von Herrn Walbaum angekündigt, die Kosten steigen werden, vielmehr würde das Prädikat der Stadt viele Vorteile bieten. Man sollte auch einmal quer denken.

Herr Ahlers meint, dass man auch einmal mutige Ideen haben sollte, was man aus Billerbeck machen und wie sich Billerbeck in 10 Jahren darstellen könnte. Wenn nach der Intention gefragt werde, könnten heute nur die weichen Faktoren genannt werden, aber keine konkreten Zahlen, die-

se gebe es beim Masterplan auch nicht. Es sei schade, dass der CDU-Antrag von der Verwaltung negativ aufbereitet wurde. Der E-Mail der projectm entnehme er, dass man sich durchaus Gedanken über das Vorhaben machen könne. 10.000,-- € für eine Kosten-Nutzen-Analyse auszugeben, halte er nicht für übertrieben.

Frau Kessens gibt zu bedenken, dass projectm von diesen Aufträgen lebe und man beim Masterplan schon definieren könne, welche Auswirkungen dieser habe, denn ohne Masterplan bekomme man z. B. keine Fördermittel mehr. Zur Luftuntersuchung habe sie bereits 2017 mitgeteilt, dass die Einschätzung lt. telefonischer Auskunft des Deutschen Wetterdienstes gar nicht so schlecht sei.

Frau Dirks betont noch einmal, dass der Aufwand nicht den Ertrag rechtfertige. Es gebe Orte, die den Titel zurückgegeben hätten.

Frau Mollenhauer und Herr Kösters sprechen sich dafür aus, ein Klimagutachten in Auftrag zu geben. Falls dieses negativ ausfalle, habe man Klarheit und müsse den Weg nicht weiter gehen.

Frau Kessens weist darauf hin, dass man für eine einjährige Luftmessung 8.000,-- bis 10.000,-- € in die Hand nehmen müsse. Und wenn Billerbeck vielleicht in 10 Jahren tatsächlich Luftkurort würde, müssten erneut Messungen durchgeführt werden. Außerdem stelle sich die Frage, ob das Prädikat tatsächlich mehr Gäste nach Billerbeck locke. Bei einem touristischen Gesamtbudget in Höhe von 15.000,-- € ginge dieses auch zu Lasten anderer Projekte.

Herr Tauber richtet an die CDU-Fraktion die Frage, wo und mit welchen finanziellen Mitteln die im Gesetz unter Punkt 1 – 18 geforderten Voraussetzungen in Billerbeck realisiert werden sollen. Dann stelle sich noch die Frage, welcher Mehrwert dadurch erzielt werde.

Herr Lennertz weist darauf hin, dass viele dieser Voraussetzungen bereits vorlägen, weil Billerbeck bereits Erholungsort sei. Billerbeck brauche z. B. keine Kurklinik, sondern einen Arzt, der sich weiter zertifiziere.

Frau Rawe macht deutlich, dass noch viele Fragen offen seien. Sicherlich könne im Bereich Tourismus noch einiges verbessert werden, das werde auch gerade mit dem Masterplan angegangen und sei mit Kosten für die Stadt verbunden. Parallel dazu noch die Anerkennung als staatl. anerkannter Luftkurort auf den Weg zu bringen, was ebenfalls mit Kosten verbunden sei lehne sie ab. Sie könne dem CDU-Antrag nicht zustimmen.

Sie sei davon überzeugt, dass ein Luftgutachten gute Werte ausweisen werde, so Frau Dirks. Aber es bringe nichts, alles zusammenschreiben, was in Billerbeck bereits vorhanden ist. Man könne keine „Mogelpackung“ verkaufen, da viel zu viel fehle.

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Heymanns den Antrag auf Abstimmung.

Frau Dirks lässt hierüber abstimmen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	2	3	
SPD Fraktion	3		
Bündnis90/Die Grünen		1	1
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Aufgrund fehlender Infrastruktur, den damit verbundenen Aufwendungen und den enorm hohen Anstrengungen durch die Beantragung des Kurorte-Prädikates (staatlich anerkannter Luftkurort) wird das Vorhaben nicht weiter verfolgt.

<u>Stimmabgabe::</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion		5	
SPD Fraktion	3		
Bündnis90/Die Grünen	2		
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

**2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019
hier: Bewirtschaftungskonzept für den Bereich des Wohnmobilstellplatzes**

Herr Schlieker weist bezugnehmend auf die Sitzungsvorlage darauf hin, dass es in Nordkirchen einen Stellplatz mit 26 Stellplätzen gebe, der erfolgreich privatwirtschaftlich betrieben werde.

Herr Tauber macht deutlich, dass zu einem Freibad auch ein Kiosk gehöre. Den Antrag der Grünen befürworte er. Falls ein Betreiber gefunden werde, sei für ihn die Frage der Pacht nachrangig. Sollte die Suche erfolglos sein, sollte die Stadt den Kiosk führen.

Herr Schlieker ist davon überzeugt, dass der Wohnmobilstellplatz intensiver zu nutzen wäre, indem z. B. der Freibadparkplatz mitgenutzt werde.

Herr Messing merkt an, dass der Parkplatz in der Saison nicht einbezogen werden könne, da die Entsorgungsstation anfahrbar sein müsse.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt für den kombinierten Betrieb des Wohn-

mobilstellplatzes und des Kiosk im Freibad einen privaten Betreiber zu suchen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2018

hier: Bewirtschaftung von städtischen Grundstücken

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss und im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal – und Feuerwehrangelegenheiten. Beide Ausschüsse hätten den Fraktionsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Frau Rawe wirbt noch einmal für den Fraktionsantrag. Gerade wegen der Meldungen der letzten Wochen über die große Artenschutzkonferenz sollte man sich Gedanken machen, wie es weiter gehe und die Kommunen könnten hier Zeichen setzen.

Herr Tauber konstatiert, dass kaum ein Antrag so intensiv und kontrovers diskutiert worden sei und er deshalb heute keinen weiteren Gesprächsbedarf sehe.

Herr Lennertz sieht das ähnlich. Mehrere Ausschüsse hätten vorberaten und seien zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Frau Dirks lässt über die Beschlussempfehlung, den Fraktionsantrag der Grünen abzulehnen, abstimmen.

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2018 wird abgelehnt.

<u>Stimmabgabe::</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	5		
SPD Fraktion	3		
Bündnis90/Die Grünen		2	
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

4. Neuerlass der Satzung über die Ablösung von Stellplätzen

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Kentrup fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Satzung der Stadt Billerbeck über die Ablösung von Stellplätzen wird in der der Sitzungsvorlage beigefügten Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Erteilung von Genehmigungen - Herr Hein

Herr Hein berichtet, dass die Genehmigung zum Bau der neuen Brücke an der Annettestraße vorliege.

Darüber hinaus lägen planungsrechtlich alle Voraussetzungen für eine Optimierung des Berkelquellteiches vor.

5.2. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die am 16.05.2019 vorgesehene Sitzung der Netzgesellschaft auf den 06.06.2019 verlegt werde. Die Sitzung beginne um 18:00 Uhr, anschließend werde der Haupt- und Finanzausschuss um 19:00 Uhr tagen.

6. Anfragen

6.1. Abfallbehälter in der Münsterstraße - Frau Rawe

Frau Rawe erkundigt sich, wann die Abfallbehälter installiert werden.

Herr Hein berichtet, dass die Fundamente bereits erstellt seien und nun die Abfallbehälter sowie die Sitzbänke montiert würden. Vorab habe es Abstimmungen mit den Gewerbetreibenden gegeben.

6.2. Einweihung der Hohen Aabrücke - Frau Rawe

Frau Rawe fragt bzgl. der Einweihung der Hohen Aabrücke nach, warum der Pressetermin nicht auch an dem Tag stattgefunden habe, als die Messe gelesen wurde.

Hierzu könne sie nichts sagen, so Frau Dirks, da der Landrat eingeladen habe.

6.3. Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners - Frau Rawe

Frau Rawe führt an, dass der Landesbetrieb bzw. der Kreis den Eichenprozessionsspinner durch Einsprühen bekämpfen wolle. Sie fragt nach, welches Mittel hierfür verwandt werde.

Herr Hein kann hierzu keine Angaben machen und sagt zu, die Antwort nachzureichen.

6.4. Mobilitätskonzept - Frau Rawe

Frau Rawe erkundigt sich nach dem Sachstand zu dem von den Grünen beantragten Mobilitätskonzept.

Frau Dirks berichtet, dass ein Termin mit dem Büro Planersocietät Dortmund stattgefunden habe.

Herr Messing ergänzt, dass vor den Sommerferien über die Schülerbeförderung beraten und nach den Sommerferien das Mobilitätskonzept vorgestellt werde.

6.5. Unterstand im Freibad - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer bezeichnet es als „Unverfrorenheit“, dass es die Verwaltung in 2 Jahren nicht geschafft habe, den Unterstand für die Mitarbeiter im Freibad einzuhausen.

Frau Dirks berichtet, dass der Unterstand mittels einer Glasfaltentür eingehaust werde. Es sei nicht einfach gewesen, eine Lösung zu finden. Herr Erfmann ergänzt, dass er den Auftrag heute telefonisch erteilt habe.

6.6. Neue Brücke an der Annettestraße - Herr Tauber

Auf Nachfrage von Herrn Tauber, wann mit dem Bau begonnen werde und ob die alte Brücke komplett beseitigt werde, teilt Herr Hein mit, dass die alte Brücke komplett beseitigt und die neue Brücke um ca. 15 cm versetzt neu gebaut werde. Er gehe von einem Baubeginn im Herbst und einer Fertigstellung im Februar 2020 aus, wenn das Wetter mitspiele. Die Erschließung des Baugebietes könnte dann ggf. im Frühjahr 2020 erfolgen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin